

Der sächsische Erzähler,

W o c h e n b l a t t

f ü r

Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

Zur gemeinnützigen Unterhaltung für alle Stände.

Diese Zeitschrift erscheint wöchentlich 2 Mal, Mittwochs und Sonnabends, und kostet vierteljährlich 12½ Rgr.

N^o 19.]

Mittwoch, den 5. März

[1856.

R u n d s c h a u.

Vier Tage vor Eröffnung der Pariser Conferenzen, — sagt die „Illustr. Ztg.“ — ist der deutsche Bund zu dem einstimmigen Beschlusse gelangt, auf der seit den 29. Juli 1854 betretenen Bahn einen entscheidenden Schritt weiter zu gehen und die von Oesterreich aufgestellten Präliminarien mit Dank und Befriedigung als Grundlagen eines festen und dauerhaften Friedens, der ein europäisches Bedürfnis sei, anzuerkennen. Der Bund wird die Aufrechterhaltung dieser Bedingungen auch zu seiner eigenen Aufgabe machen, sich jedoch sein freies Urtheil rücksichtlich der von den kriegführenden Mächten vorzubringenden Specialbedingungen vorbehalten. Dabei spricht der Bund die vertrauensvolle Zuversicht aus, daß Oesterreich und Preußen den Interessen des Gesamt Vaterlandes auch ferner ihre dankenswerthe Fürsorge und Aufmerksamkeit widmen werden.

Diesen Beschlüssen zufolge acceptirt der Bund nur Dasjenige, was zwischen den pacificirenden Mächten als nicht mehr streitig betrachtet wird, und will rücksichtlich der der weitem Uebereinkunft noch vorbehaltenen Punkte ein Gleiches erst dann thun, wenn sie zu feststehenden Thatsachen herangereift sein werden. Indem der Bund seine Theilnahme nur dem Gewordenen widmet, begiebt er sich des Rechtes, zu den Werdenen mit bestimmen zu helfen. Die Zukunft wird an der Pariser Conferenz Gestaltung gewinnen, der Bund über der Formgebung durch Bevollmächtigte nicht mit Hand anlegen, sondern nur sein Urtheil über das fertige Gebilde aussprechen.

Was Oesterreich betrifft, so ist sein Standpunct gegeben und aller Welt klar: Es will den Frieden unter Bedingungen, welche die Gründe, die zum Kriege führten, durchweg heben und Bürgschaften für die Erhaltung der Ruhe gewähren.

Englands Haltung läßt sich ziemlich ebenso klar definiren, als die Oesterreichs. Eine Neigung zum Frieden hegte das Cabinet Palmerstons nicht. Noch in jedem Kriege hat England erst nach den ersten Feldzügen seine Kraft schwingbaster entfaltet und hoffte dies auch jetzt zu wiederholen, wo es aus einem langen Frieden unvorbereitet und mit vernachlässigten Wehranstalten in den Kampf getreten war. Mit

Ofter Jahrgang.

recht aufrichtiger Friedensliebe tritt also England an die Conferenzen nicht heran, will den im fünften Punkte vorbehaltenen Specialbedingungen eine möglichst weite Ausdehnung geben und solche Forderungen hineinziehen, welche nicht in unmittelbaren Zusammenhänge zu den schwebenden Kriegsfragen stehen.

Sollte Rußland inzwischen den Frieden nur als eine Waffenruhe und eine Zeit der Vorbereitungen zu künftigen Kämpfen benutzen wollen — nun so liegt darin eine Aufforderung an die deutschen Mächte, sich auf einen solchen Fall gleichfalls gefaßt zu halten und aus ihrer Einigung die Kraft zum Widerstande gegen mögliche Uebergriffe zu schöpfen. Wichtig ist es unter allen Umständen, daß schon jetzt Deutschland kommenden Ereignissen in Uebereinstimmung entgegentritt und gefaßt ansehen darf, was sich in Paris entwickeln werde. Seine Haltung wird auf die dort zu fassenden Beschlüsse nicht ohne Einfluß bleiben, und je tiefere Wurzeln diese Eintracht schlägt, um so beruhigter darf es die Zukunft erwarten.

Ueber die Friedensconferenzen berichtet eine telegr. Depesche aus Brüssel vom 1. März, daß in der zweiten Conferenztagung hiezig discutirt, jedoch kein Einverständnis erzielt worden sei. Bomarsund und Karls hätten die Hauptschwierigkeiten gebildet. Rußland, welches die Bedeutsamkeit der von ihm gemachten Concessionen hervorgehoben, wolle bezüglich der Nichtwiederbefestigung der Alandsinseln keine Verpflichtung übernehmen und beansprucht Entschädigung für die Wiederherausgabe von Karls, sage jedoch nicht welche. Auch verlange dasselbe, daß das Compensationsprincip zuerst festgestellt werde, was die andern Bevollmächtigten verweigerten. Gerüchtweise verlautete, daß die Türkei die Gelüste nach einer Kriegskostenentschädigung nicht aufgegeben habe, sie sei jedoch hierin hoffnungslos. Nichtsdestoweniger beharrte die „Independance“ bei dem Glauben an einen günstigen Ausgang der Conferenzen.

Der Times wird aus Wien vom 23. Febr. mitgetheilt, die Türkei werde als Kriegskosten-Entschädigung dieselbe Summe von Rußland fordern, die sie diesem nach dem Friedensschlusse vom 1829 hatte bezahlen müssen (1,500,000 holländische Ducaten).

Nach Berichten aus Constantinopel vom 18. Febr.